

11.56

Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseherinnen und Zuseher! Stellen Sie sich vor, Sie haben brutale Zahnschmerzen, so richtig pochende Schmerzen, die Ihnen das Denken und das Arbeiten unmöglich machen, und Sie wollen nur eines: dass dieser Schmerz endlich, endlich aufhört. Dann gehen Sie zur Zahnärztin; Sie wissen, die kann Ihnen helfen, die findet die Ursache für diesen Schmerz und behandelt ihn, und Sie als Patientin sind wieder schmerzfrei.

Nun stellen Sie sich aber vor, Sie gehen zum Zahnarzt und der kann Ihnen nicht helfen – schlichtweg, weil er einfach nicht weiß, woher diese Schmerzen kommen. Nun stellen Sie sich weiter vor, Sie müssten ganze zehn Jahre mit diesen Schmerzen durch die Welt laufen und Ihr Leben und Ihren Alltag bestreiten – zehn Jahre, in denen Ihre Gesundheit nicht intakt ist, Ihr Alltag eingeschränkt ist, Sie sich kaum zur Arbeit schleppen können, im Supermarkt ohnmächtig werden und dergleichen.

Das ist eigentlich unvorstellbar, oder? – Genau so geht es jedoch monatlich Hunderttausenden Frauen in Österreich, um genau zu sein einer von zehn, denn so viele sind von Endometriose – der zweithäufigsten gynäkologischen Erkrankung – betroffen. Viele dieser Frauen warten sieben bis zehn Jahre bis zur Diagnose, und in diesen sieben bis zehn Jahren werden die Betroffenen nicht ernst genommen, ihre Symptome werden als normale Periodenkrämpfe, die sie halt aushalten müssen, abgetan, und die Krankheit bleibt vor allem in diesen zehn Jahren unbehandelt. Von der bisherigen Gesundheitspolitik sind diese Frauen im Stich gelassen worden, sie waren alleine mit ihrem jahrelangen Hürdenlauf bis zur Diagnose, den Kosten für Ärztinnen und Ärzte, für Schmerzmittel und Therapien – und das müssen wir ändern. *(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Pfurtscheller.)*

In diesem Bereich, in dem in der Vergangenheit politisch Verantwortliche – zum Beispiel auch sozialdemokratische Gesundheits- und Frauenminister:innen,

Kollegin Holzleitner – weggeschaut und keine konkreten Taten gesetzt haben, da schauen wir hin und da gehen wir einen Schritt. Das Gesundheitsministerium finanziert eine Studie zur Menstruationsgesundheit, die speziell Endometriose in den Fokus rückt. Damit können wir vorhandene Daten- und auch Wissenslücken schließen, auf die Betroffene und Expertinnen, Experten schon lange hinweisen. Es ist natürlich klar, dass auf diesen ersten Schritt weitere Schritte folgen müssen, damit Betroffenen künftig schneller und auch besser geholfen wird.

Was für andere Erkrankungen gilt, zum Beispiel für eine Zahnwurzelentzündung, muss natürlich auch endlich bei Endometriose Normalität werden, nämlich gute Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten und Kostenübernahmen der Behandlungen und Therapien durch die Krankenkassen. No na braucht es das. Sicher braucht es das, und all das fordert die Endometriose Vereinigung Austria seit Langem. Vielen Dank an dieser Stelle für eure wichtige, engagierte ehrenamtliche Arbeit, die auch den Grundstein für diesen Antrag heute gelegt hat (*Beifall bei den Grünen sowie der Abg. **Pfurtscheller***) – und Danke auch an jene 21 561 Personen, die eine Petition der Plattform Aufstehn.at zu diesem Thema unterstützt haben!

Viel zu lange sind Betroffene von Endometriose von der Gesundheitspolitik ignoriert und im Stich gelassen worden. Das müssen wir ändern, und ich verspreche Ihnen: Das werden wir auch. (*Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

12.00

Präsidentin Doris Bures: Zu Wort ist dazu nun niemand mehr gemeldet. Damit ist diese Debatte geschlossen.

Wünscht die Frau Berichterstatterin ein Schlusswort? – Das ist nicht der Fall.

Die Abstimmung verlege ich an den Schluss der Verhandlungen über die Vorlagen des Gleichbehandlungsausschusses.